

Beschlussergebnis zum Tagesordnungspunkt:

Antrag der Gruppe X vom 18.03.2010: Forum Endlagerdialog

öffentliche Kreistagssitzung am 15.04.2010	TOP 11
---	---------------

Beschluss A):

Das Forum Endlagerdialog ist keine Öffentlichkeitsbeteiligung im politischen oder juristischen Sinne und ersetzt diese in keiner Weise.

Der Kreistag beauftragt den Vorsitzenden des Ausschusses Atomanlagen und öffentliche Sicherheit, Martin Donat, umgehend zu klären, ob die Voraussetzungen, unter denen die Teilnahme am FED stattfindet, sich geändert haben.

Das bisherige Mandat sieht ausschließlich die Klärung der Bedingungen eines Dialogs vor.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja, 8 Nein, 3 Enthaltungen

Beschluss B):

Der geplante Weiterbetrieb deutscher Atomkraftwerke bis zu einer Gesamtlauzeit von 60 Jahren ist ein Affront und macht einen gesellschaftlichen Dialog über die Frage der Endlagerung unmöglich.

„Der Kreistag nimmt das Mandat, welches sich das Forum Endlagerdialog (FED) gegeben hat, zur Kenntnis. Der Ausschuss entsendet seinen Vorsitzenden zu den weiteren Beratungen des FED ausschließlich im Rahmen dieses Mandates.

Der Kreistag geht dabei davon aus, dass es sich bei dem FED lediglich um ein informelles Gremium handelt, welches ausschließlich Empfehlungen geben kann. Die Beratungen und Diskussionen in diesem Gremium ersetzen keineswegs Beratungen des Ausschusses Atomanlagen oder Beschlüsse des Kreisausschusses oder Kreistages.

Der Kreistag stellt fest, dass die Zusammensetzung des FED vom Bundesumweltministerium gewählt wurde und Vertreter der Zivilgesellschaft in der Minderheit sind. Der Kreistag setzt deshalb voraus, dass Minderheitenpositionen bei Stellungnahmen des FED ebenfalls veröffentlicht werden. Positionierungen des FED durch Abstimmungen und Mehrheitsentscheide akzeptiert der Kreistag nicht. Der Ausschussvorsitzende wird beauftragt, den Kreisgremien unverzüglich Mitteilung zu machen, falls der Versuch unternommen wird, im FED Positionierungen herbeizuführen, die den Interessen des Landkreises Lüchow- Dannenberg zuwider laufen.

Im Vorgriff auf mögliche zukünftige Erkenntnisse des FED stellt der Kreistag fest, dass die derzeitige Atompolitik der Bundesregierung nicht geeignet ist, den Dialog über die Endlagerung in Deutschland zu befördern. Vielmehr tragen die Ankündigungen von Bundesumweltminister Röttgen, Ausweitungen der Restlaufzeiten deutscher Atomkraftwerke auf Gesamtlauzeiten von 60 Jahren zu prüfen, in unverantwortlicher Weise zur Vertiefung der gesellschaftlichen Gräben bei. Eine solche Atompolitik droht, die radioaktiven Abfallmengen um ein Vielfaches zu erhöhen, ohne dass die Endlagerung verantwortungsvoll gelöst wäre und dient damit ausschließlich den Interessen derjenigen Industrie, die für die Produktion dieser Stoffe verantwortlich ist.

Zeitgemäße Öffentlichkeitsbeteiligung vermag der Kreistag bei der Beantragung der Weitererkundung am maroden Salzstock Gorleben nach völlig veraltetem Bergrecht nicht zu erkennen. Der Landkreis steht nicht dafür zur Verfügung, diese unangemessene Antragsgrundlage durch informelle Partizipationselemente öffentlichkeitswirksamer zu gestalten.

Die von Herrn Bundesumweltminister Röttgen angekündigten persönlichen Gespräche in der Region mit Parteikollegen und Gremien, die sich durch Verträge zu Wohlverhalten gegenüber den Atomanlagen in Gorleben verpflichtet haben, stellen kein Element des Dialoges und zeitgemäßer Partizipation dar. Der Kreistag erwartet vielmehr, dass Herr Minister Röttgen sich in einer öffentlichen Kreistagssitzung im Landkreis einer Diskussion mit dem Kreistag und der Bevölkerung stellt.“

Abstimmungsergebnis: 19 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltung